

Antrag Nr. 20-F-40-0001

einzelne Stadtverordnete

Betreff:

Umgang mit kritischen Namenspaten für Straßenbenennungen - Umbenennung der Pfitzner-Straße
- Antrag der Stadtverordneten Dr. Hendrik Schmehl, Christa Gabriel, Christiane Hinnerger, Gabriele Schuchalter-Eicke, Ingo von Seemen, Hartmut Bohrer und weitere -

Antragstext:

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik hat beschlossen, eine Kommission zur Überprüfung Wiesbadener Straßennamen einzurichten und kritische Straßennamen zur Umbenennung vorzuschlagen.

Das Recht auf Straßenbenennungen hat die Stadtverordnetenversammlung auf die Ortsbeiräte delegiert. In der Vergangenheit, aber auch aktuell, sorgt die Frage möglicher Umbenennungen für erheblichen Streit und Unmut in der Bevölkerung, die sich auch in den betroffenen Ortsbeiräten niederschlägt. Die Wogen in den Stadtteilen schlagen hoch. Diese lokalen Konflikte sollten nicht auf dem Rücken der Ortsbeiräte ausgetragen werden, sondern stattdessen in der Stadtverordnetenversammlung entschieden werden. Dies ist auch deshalb angemessen, weil die Frage der Beibehaltung von Namen bekennender Antisemiten regelmäßig weit über den betroffenen Ortsteil hinausreicht und das Ansehen der Stadt Wiesbaden insgesamt schädigen kann.

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, die Umsetzung der Ergebnisse der o.g. Kommission nicht abschließend in die Hände der Ortsbeiräte zu legen, sondern in einem einmaligen Akt durch die Stadtverordnetenversammlung eine Umbenennung zu beraten und ggf. auch zu beschließen. Selbstverständlich verbleibt das Recht zur Neubenennung von Straßen bei den Ortsbeiräten. Bezüglich des Antisemiten und Holocaustbefürworters Hans Pfitzner liegen bereits jetzt ausreichend Informationen vor, die ihn als Namenspaten disqualifizieren. Vor diesem Hintergrund muss nicht mehr auf die Ergebnisse der Kommission zur Überprüfung von Straßennamen gewartet werden. Eine Entscheidung in der Sache kann bereits jetzt getroffen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt den Beschluss Nr. 0080 des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik, der eine Überprüfung der Straßennamen Wiesbadens vorsieht. Sobald die Ergebnisse der Überprüfung vorliegen, soll zunächst eine Stellungnahme der betroffenen Ortsbeiräte eingeholt werden. Die abschließende Entscheidung ob eine Umbenennung stattfinden soll, trifft die Stadtverordnetenversammlung. Die Ortsbeiräte werden danach gebeten, neue Straßennamen zu vergeben.
2. Bereits jetzt steht fest, dass die Person Hans Pfitzner auf Grund seiner antisemitischen Äußerungen und der Befürwortung des Holocausts als Namenspate für Straßen und öffentliche Gebäude nicht tragbar ist. Die Pfitznerstraße in Wiesbaden-Nordost wird deshalb umbenannt. Der Ortsbeirat Nordost wird gebeten, einen neuen Namen für die Straße vorzuschlagen. Sollte der Ortsbeirat Nordost bis zur Sommerpause 2020 keinen neuen Namen vorschlagen, wird der Ältestenausschuss beauftragt, einen neuen Namen vorzuschlagen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Der Magistrat wird gebeten, bei den o.g. Straßenumbenennungen ggf. anfallende Kosten für die Ummeldung des KFZs zu erstatten. Die Kosten werden aus der allgemeinen

Antrag Nr. 20-F-40-0001 einzelne Stadtverordnete

Finanzwirtschaft getragen. Der Stadtverordnetenversammlung sind die endgültig entstandenen Kosten zur Kenntnis zu geben.

4. Ferner wird darum gebeten einen Vorort-Termin des Bürgerbüros zu prüfen, der eine unkomplizierte und (ohnehin kostenlose) Umschreibung der Personalausweise auf die neue Adresse ermöglicht.

Wiesbaden, 05.02.2020